

Stadt Zwiesel

zwiesel.de

Amtsblatt

Der Stadt Zwiesel



Zwiesel, 01.09.2022

Nr. 55

Verantwortlicher Herausgeber: Stadt Zwiesel | Erscheint nach Bedarf – zu beziehen auf www.zwiesel.de/amsblatt

B E K A N N T M A C H U N G

der Stadt Zwiesel

**Bekanntmachung über die Auslegung zum Planfeststellungsverfahren für das Bauvorhaben
Beseitigung des Bahnübergangs Glasberger Weg in Bahn-km 1,955, der Strecke 5821
Zwiesel – Grafenau in der Stadt Zwiesel
(Geschäftszeichen: 65145-651ppb/006-2021#027)**

Bekanntmachung

über die Auslegung

zum Planfeststellungsverfahren für das Bauvorhaben

Beseitigung des Bahnübergangs Glasberger Weg in Bahn-km 1,955, der Strecke 5821 Zwiesel -

Grafenau in der Stadt Zwiesel

(Geschäftszeichen: 65145-651ppb/006-2021#027)

Das Vorhaben beinhaltet die Beseitigung des Bahnübergangs Glasberger Weg bei Bahn-km 1,955 der Strecke 5821 Zwiesel-Grafenau.

Das Eisenbahn-Bundesamt führt auf Antrag der DB Netz AG, vom 16.11.2021 für das genannte Bauvorhaben das Anhörungsverfahren nach § 73 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) in Verbindung mit § 18 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) durch. Das Eisenbahn-Bundesamt hat festgestellt, dass keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeit besteht.

Der Plan (Zeichnungen und Erläuterungen) mit den entscheidungserheblichen Unterlagen liegt in der Zeit **vom 12.09.2022 bis einschließlich 11.10.2022 (einen Monat)** in der Stadt Zwiesel (Adresse: Stadtplatz 27, 94227 Zwiesel, Zimmer 2.04, 2. Stock) während der folgenden Zeiten

am Montag	von 08:30 Uhr bis 11:30 Uhr sowie 13:30 Uhr bis 16:00 Uhr
am Dienstag	von 08:30 Uhr bis 11:30 Uhr sowie 13:30 Uhr bis 16:00 Uhr
am Mittwoch	von 08:30 Uhr bis 11:30 Uhr
am Donnerstag	von 08:30 Uhr bis 11:30 Uhr sowie 13:30 Uhr bis 16:00 Uhr
am Freitag	von 08:30 Uhr bis 12:00 Uhr

zur allgemeinen Einsichtnahme aus.

Zeitgleich werden diese Bekanntmachung und die zur Einsicht ausgelegten Planunterlagen auch auf der Internetseite des Eisenbahn-Bundesamtes (<https://www.eba.bund.de/anhoerung>) zugänglich gemacht.

1. Jeder, dessen Belange durch das Vorhaben berührt werden, kann gemäß § 73 Abs. 4 VwVfG bis zwei Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist - **bis einschließlich 25.10.2022** - beim Eisenbahn-Bundesamt, Außenstelle Nürnberg, Eilgutstraße 2, 90443 Nürnberg, oder bei der oben genannten Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung schriftlich oder mündlich zur Niederschrift Einwendungen gegen den Plan erheben.

Nach Ablauf der genannten Frist sind Einwendungen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, ausgeschlossen (§ 18 Abs. 1 Satz 3 AEG in Verbindung mit § 73 Abs. 4 Satz 3 VwVfG). Einwendungen und Stellungnahmen der Vereinigungen sind nach Ablauf dieser Frist ebenfalls ausgeschlossen (§ 73 Abs. 4 Satz 5 VwVfG).

Es wird darauf hingewiesen, dass keine Eingangsbestätigung erfolgt.

2. Diese ortsübliche Bekanntmachung dient auch der Benachrichtigung der anerkannten Vereinigungen nach § 73 Abs. 4 Satz 5 VwVfG von der Auslegung des Plans.
3. Das Eisenbahn-Bundesamt kann auf eine Erörterung der rechtzeitig erhobenen Stellungnahmen und Einwendungen verzichten (§ 18a Nr. 1 AEG). Weiterhin kann das Eisenbahn-Bundesamt anstelle einer mündlichen Erörterung eine Online-Konsultation durchführen (§ 5 Abs. 1, 2 PlanSiG). Findet ein Erörterungstermin oder eine Online-Konsultation statt, werden diese ortsüblich und auf der Internetseite des Eisenbahn-Bundesamtes bekannt gemacht. Ferner werden diejenigen, die rechtzeitig Einwendungen erhoben oder Stellungnahmen abgegeben haben, von dem Termin gesondert benachrichtigt. Sind mehr als 50 Benachrichtigungen vorzunehmen, so können diese durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

Die Vertretung durch einen Bevollmächtigten ist möglich. Die Bevollmächtigung ist durch eine schriftliche Vollmacht nachzuweisen, die zu den Akten des Eisenbahn-Bundesamtes zu geben ist. Bei Ausbleiben eines Beteiligten in dem Erörterungstermin kann auch ohne ihn verhandelt werden. Das Anhörungsverfahren ist mit Abschluss des Erörterungstermins beendet. Der Erörterungstermin ist nicht öffentlich.

4. Durch Einsichtnahme in die Planunterlagen, Erhebung von Einwendungen oder Abgabe von Stellungnahmen, Teilnahme am Erörterungstermin oder Vertreterbestellung entstehende Kosten werden nicht erstattet.
5. Entschädigungsansprüche, soweit über sie nicht in der Planfeststellung dem Grunde nach zu entscheiden ist, werden nicht in dem Erörterungstermin, sondern in einem gesonderten Entschädigungsverfahren behandelt.
6. Über die Einwendungen und Stellungnahmen wird nach Abschluss des Anhörungsverfahrens durch das Eisenbahn-Bundesamt entschieden. Die Zustellung der Entscheidung (Planfeststellungsbeschluss) an die Einwender und anerkannten Vereinigungen nach § 73 Abs. 4 Satz 5 VwVfG kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als 50 Zustellungen vorzunehmen sind.
7. Vom Beginn der Auslegung des Planes an tritt die Veränderungssperre nach § 19 Abs. 1 AEG in Kraft. Darüber hinaus steht ab diesem Zeitpunkt der Vorhabenträgerin ein Vorkaufsrecht an den vom Plan betroffenen Flächen zu (§ 19 Abs. 3 AEG).
8. Nähere Hinweise zum Datenschutz in Planfeststellungsverfahren siehe unter <https://www.eba.bund.de/datenschutzhinweise>.

Zwiesel, 23.08.2022
Stadt Zwiesel




Pfeffer
2. Bürgermeisterin

Zwiesel, 01.09.2022
Stadt Zwiesel



gez.

Schlüter
3. Bürgermeister

Aushang Amtstafel: _____

Nz. _____

Abnahme Amtstafel: _____

Nz. _____